

Alternative für Deutschland (AfD)

Die **Alternative für Deutschland (AfD)** wurde 2013 als eurokritische Partei gegründet. In den Folgejahren wurde die AfD zum rechtsextremistischen Verdachtsfall. Diese Einstufung durch den Verfassungsschutz ist vom Oberverwaltungsgericht Münster bestätigt worden.^[1]

Verschiedene Vorfälle in den letzten Jahren zeigen Verstrickungen in Korruptions-, Interessenskonflikts-, und Lobbykandale.

Daneben fällt die AfD immer wieder durch undurchsichtige Finanzierung bzw. Wahlkampfhilfe in Millionenhöhe auf.

Die AfD ist strukturell offen für illegitime Einflussnahme durch Regierungen anderer Staaten, speziell derer von Russland und China.^[2]

Inhaltsverzeichnis

1 Hinweise auf russische Einflussnahme und Spionage durch China	2
1.1 Hinweise auf russische Einflussnahme	2
1.1.1 Reisen nach Russland und Besuche in der russischen Botschaft	4
1.2 Vorwurf der Spionage für China gegen AfD-Mitarbeiter	4
2 Positionen zu Lobbyismus	5
2.1 Bundestagswahl 2025	5
2.2 Bundestagswahl 2021	5
3 Finanzierung	6
3.1 Rechenschaftsberichte	6
3.2 Top-Spender	6
3.3 Erbschaftspende	8
3.4 Kredite	8
3.5 Goldhandel	8
3.6 Verdeckte Wahlkampffinanzierung durch Tarn-Verein und die Schweizer Goal AG	9
3.7 Intransparente Wahlwerbung durch den "Deutschland-Kurier"	9
3.8 Daten aus den Rechenschaftsberichten	11
4 Beteiligungen an Unternehmen	12
4.1 Bundespartei	12
4.2 Landesverband Thüringen	13
5 Beziehungen zu anderen Organisationen	13
5.1 Die Familienunternehmer - ASU	13
5.2 Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft	13
5.3 Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)	14
5.4 AfD-Mittelstandsforum	14
6 Weiterführende Informationen	14
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	14
8 Einzelnachweise	14

Hinweise auf russische Einflussnahme und Spionage durch China

Hinweise auf russische Einflussnahme

(Diese Zusammenfassung wurde unter dem Titel "[Der Afd-Russland-China-Komplex](#)" zunächst auf [lobbycontrol.de](#) veröffentlicht.)

Mehrere AfD-Bundestags- und Europaparlamentsabgeordnete werden verdächtigt, ihr Mandat genutzt zu haben, um für Russland Einfluss zu nehmen. Die Staatsanwaltschaft ermittelte zudem wegen des Verdachts der Annahme von Schmiergeld. Insbesondere der Bundestagsabgeordnete und spätere Europaparlamentsabgeordnete Petr Bystron sowie der Europaparlamentsabgeordnete Maximilian Krah und der Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier unterhielten über ihre parlamentarischen Mitarbeiter enge Russland-Kontakte.

Krah und Bystron verschafften dem in Polen wegen Spionageverdachts für Russland in Untersuchungshaft sitzenden Janusz Niedźwiecki Zugang zum Europaparlament bzw. Bundestag. Dieser war auch als Lobbyist für den pro-russischen ukrainischen Oligarchen Wiktor Medwedtschuk tätig und traf sich mit mehreren AfD-Abgeordneten^[3]. Krah unterhielt auch engen Kontakt zu Oleg Voloshyn. Voloshyn saß für eine pro-russische Partei im ukrainischen Parlament, die von Medwedtschuk gegründet wurde. Zudem wurde Voloshyn wegen seiner pro-russischen Aktivitäten zur Destabilisierung der Ukraine mit US-Sanktionen belegt und in der Ukraine des Hochverrats angeklagt. Er floh im Februar 2022, zehn Tage vor dem russischen Überfall auf die Ukraine, nach Belarus^[4].

Bereits 2019 trafen sich Voloshyn und Krah auf einer Ballveranstaltung in St. Petersburg, und Krah besuchte Voloshyn 2021 zu dessen Geburtstag in Kiew^[5]. Der Kontakt zwischen Krah und Voloshyn veranlasste das FBI dazu, Krah bei der Einreise in die USA im Dezember 2023 zu seinem Verhältnis zu Voloshyn zu befragen. Dabei ging es insbesondere um Chatnachrichten Voloshyns an Krah, in denen von „Kompensationszahlungen“ an ihn die Rede ist. Krah bestreitet, jemals Geld von Voloshyn erhalten zu haben, und lieferte in Interviews verschiedene, teils widersprüchliche Erklärungen für die mutmaßlichen Zahlungen^[6]. Laut FBI führte Krah bei der Kontrolle auch eine große Summe Bargeld mit sich, die sich laut den Beamten auf rund 8000 € belaufen haben soll. Auch hier lieferte Krah widersprüchliche Aussagen, warum er so viel Bargeld mit sich führte^[7]. Auch die Herkunft des Geldes bleibt unklar. Krah gab an, sich dieses von seinem Parteifreund Mathias Helferich geliehen zu haben. Helferich bestritt jedoch, Krah jemals Geld geliehen zu haben.^[7]

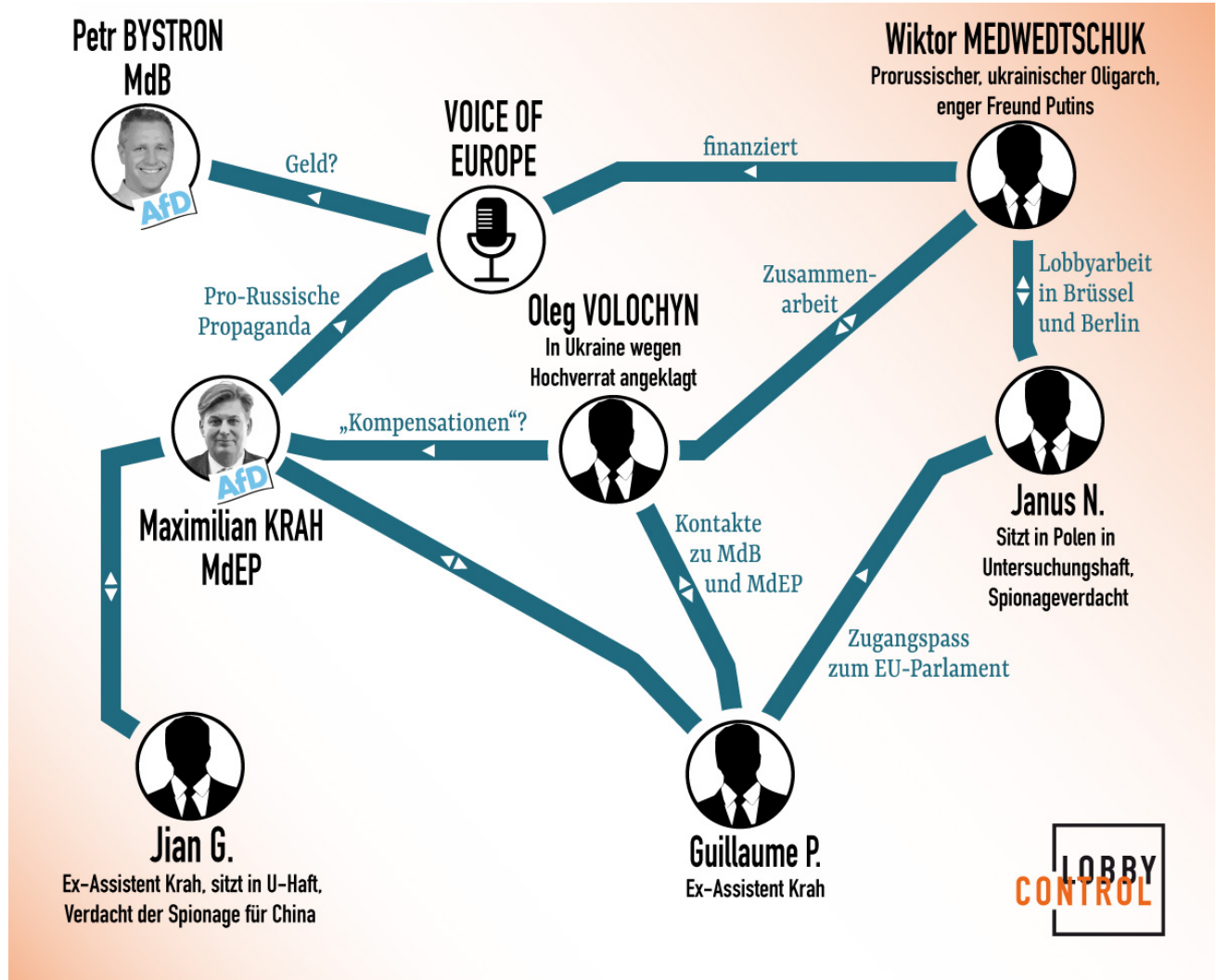
Auch der Europaparlamentsabgeordnete Petr Bystron stand im Fokus deutscher und europäischer Ermittlungsbehörden, seine Abgeordnetenimmunität wurde im Mai 2024 aufgehoben. Gegen Bystron laufen Ermittlungen wegen des Vorwurfs der Bestechlichkeit und Geldwäsche. Deutsche Behörden durchsuchten seine Privaträume in Berlin, München und auf Mallorca sowie Bystrons Abgeordnetenbüro im deutschen Bundestag. Zudem durchsuchten tschechische Behörden Bystrons Haus in Prag^[8]. Bystron wird verdächtigt, mindestens 34.000 € in bar und in Kryptowährungen über das pro-russische „Portal Voice of Europe“ erhalten zu haben. Laut polnischen und tschechischen Behörden wird dieses von Medwedtschuk gesteuert^[9]. „Voice of Europe“ (VoE, übersetzt „Stimme Europas“) war ein Online-Portal aus Tschechien zur Verbreitung

russischer Propaganda^[10]. Die Website "VoE" ist seit dem 28. März 2024 offline. Zudem ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Bystron wegen des Verdachts der Geldwäsche. Bystron zahlte knapp 35.000€ in bar auf ein Konto seiner eigenen Firma namens Lendvay GmbH ein, die er noch am selben Tag wieder abhob^[11]. Sowohl Bystron als auch Krahn haben VoE Interviews gegeben^[12]. Bystron soll sich auch aktiv an dem mittlerweile abgeschalteten pro-russischen Propagandaportal beteiligt haben, indem er andere Politiker für eine Zusammenarbeit empfahl^[13].

Als Bundestagsabgeordneter stellte Bystron mehrere parlamentarische Anfragen, die für Russland relevant sind. Im Februar 2024 erfragte Bystron die Anzahl wehrfähiger ukrainischer Männer in Deutschland^[14]. Gemeinsam mit anderen AfD-Abgeordneten erfragte Bystron im April 2024 Informationen zu Dienstreisen von Bundeswehrangehörigen in die Ukraine. Diese sollten nach Datum, Ort und Organisationseinheit aufgelistet werden^[15]. Ebenfalls im April 2024 fragte Bystron nach der Haltung der Bundesregierung zur Verschiebung der ukrainischen Präsidentschaftswahlen aufgrund des Krieges.^[16] Die Verschiebung der Wahl wird von Russland regelmäßig genutzt, um die ukrainische Regierung zu diskreditieren^[17]. Bystron streitet stand August 2024 alle Vorwürfe gegen ihn ab.

Neben Krahn und Bystron stand auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier wegen seiner Russland-Kontakte in der Kritik. Frohnmaier beschäftigte zwischenzeitlich einen Mitarbeiter, der gemeinsam mit einem in Polen wegen Spionageverdachts für Russland angeklagten^[18] Politiker fake-Wahlbeobachtungsmissionen in den russisch besetzten Gebieten in der Ukraine durchführte^[19]. Der von Frohnmaier beschäftigte Mitarbeiter wurde zudem beschuldigt, einen Brandanschlag in der Ukraine in Auftrag gegeben zu haben^[20]. Frohnmaiers Mitarbeiter floh vor den Ermittlungsbehörden nach Moskau. Dort verstarb er im August 2021 überraschend im Alter von 45 Jahren^[21]. Frohnmaier wird zudem in einem russischen Strategiepapier genannt, welches zur Unterstützung seines Wahlkampfes aufruft und behauptet, Frohnmaier stünde für Russland „absolut unter Kontrolle“^[22]. Bereits 2014 befürwortete Frohnmaier die russische Annexion der Krim, indem er ihren Bürger*innen zur „Unabhängigkeit“ gratulierte^[23]. Im April 2019 ließ Frohnmaier sich eine Reise auf die von Russland besetzte Krim bezahlen^[24]. Dort gab er dem russischen Staatssender Russia Today ein Interview, in dem er behauptete, die Krim sei jetzt russisch^[25].

Das AfD-Russland-China-Netzwerk (Ausschnitt)



Reisen nach Russland und Besuche in der russischen Botschaft

Zwischen September 2022 und November 2025 reisten Gruppen von AfD Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft insgesamt 15mal nach Russland bzw. waren Gast in der russischen Botschaft. Eine genaue Aufstellung ist hier nachzulesen ^[26]

Vorwurf der Spionage für China gegen AfD-Mitarbeiter

(Diese Zusammenfassung wurde unter dem Titel "Der Afd-Russland-China-Komplex" zunächst auf lobbycontrol.de veröffentlicht.)

Ein Mitarbeiter des AfD-Europaparlamentsabgeordneten Maximilian Krahl wurde 2024 beschuldigt, für chinesische Geheimdienste tätig gewesen zu sein. Er soll seinen Zugang zum Europaparlament als Abgeordnetenmitarbeiter genutzt haben, um vertrauliche Dokumente zu beschaffen. Deshalb wurde Krahl ehemaliger Mitarbeiter Jian G. im April 2024 unter Spionageverdacht festgenommen. Krahl und Jian G. kannten sich bereits seit 2015^[27]. Krahl beschäftigte Jian G. seit 2019 als Assistenten im Europaparlament^[28]. Die Generalbundesanwaltschaft wirft Jian G. vor, Mitarbeiter eines chinesischen Geheimdienstes zu sein und Informationen zu Verhandlungen und Entscheidungen des Europaparlaments weitergegeben zu haben sowie chinesische Oppositionelle in Deutschland ausgespäht zu haben^[29]. Im Zuge der Ermittlungen wurde im Mai 2024 das Büro von Jian G. im Europaparlament durchsucht^[30]. Die Behörden ermittelten seit 2024 zudem wegen möglicher Zahlungen durch Jian G. an Krahl in Höhe von 50.000 €^[31]. Krahl beteuerte die Rechtmäßigkeit der Zahlungen.

Auf einer vom chinesischen Staatskonzern Huawei bezahlten China-Reise 2018 traf sich Krahl zudem mit Vertretern des Internationalen Verbindungsbüros der Kommunistischen Partei Chinas (IDCPC)^[32]. Das Bundesamt für Verfassungsschutz warnte 2023 vor Kontakt zum IDCPC, da es Teil des chinesischen Nachrichtendienstapparates sei^[33]. Dort gab er dem russischen Staatssender Russia Today ein Interview, in dem er behauptete, die Krim sei jetzt russisch^[34].

Positionen zu Lobbyismus

Bundestagswahl 2025

Das Wahlprogramm der AfD für die Bundestagswahl 2025 enthält einen Absatz zur „Beendigung“ der „Selbstbedienung der Parteien“, in dem eine „Neuordnung der Spendenregelungen“ für Parteien gefordert wird. Wie diese aussehen soll, bleibt jedoch vollkommen unklar.^{[35][36]}

Bundestagswahl 2021

Dem Programm der Bundestagswahl sind Forderungen zu entnehmen, um "Lobbyismus zu kontrollieren, die Transparenz der Nebentätigkeiten [von Abgeordneten] herzustellen und die Arbeitsqualität des Parlaments zu sichern"^[37]

- Begrenzung der Amtszeit von Mandatsträger:innen auf höchstens vier Legislaturperioden
- Verschärfung der Regelungen der Nebentätigkeiten für Parlamentarier:innen und zur Abgeordnetenbestechung
 - Abgeordnete sollen allein diejenige Tätigkeit, die sie schon vor dem Mandat ausgeübt haben, in "angemessenem Umfang"^[38] weiterführen dürfen
- Lobbyistengesetz "mit konkreten Rechten, Pflichten und Sanktionen für Mandatsträger und Lobbyisten"^[39]

Die AfD verweist in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 auf strenge Regeln, die sie selbst in § 19 Abs. 2 der Satzung der AfD ihren Mitgliedern setze.^[40] Tatsächlich ist die AfD selbst mehrfach wegen Spendenaffären aufgefallen.^{[41][42]} Zuletzt erhob die 2017 aus der Partei ausgetretene Mitgründerin und Parteivorsitzende Frauke Petry Vorwürfe gegen die Parteispitze und behauptete unter anderem, innerparteiliche Oppositionen seien nach Geldflüssen überwunden worden.^[43]

Finanzierung

Die AfD erhielt seit ihrer Gründung im Jahr 2013 insgesamt 14.963.541,61 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro. Davon kamen 328.415 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Rechenschaftsberichte

Die Parteien müssen nach dem deutschen Parteispendinggesetz § 23 ff. Rechenschaft für ihre Finanzen ablegen, indem sie einen Rechenschaftsbericht verfassen, der von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wird. Diese Rechenschaftsberichte werden erst im jeweils übernächsten Jahr veröffentlicht. Sie enthalten u.a. alle Spenden ab einer Grenze von 10.000€. Spenden unterhalb dieser Grenze bleiben in Deutschland intransparent.

Rechenschaftsberichte der AfD ab 2013

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2013
Rechenschaftsbericht 2014
Rechenschaftsbericht 2015
Rechenschaftsbericht 2016
Rechenschaftsbericht 2017
Rechenschaftsbericht 2018
Rechenschaftsbericht 2019
Rechenschaftsbericht 2020
Rechenschaftsbericht 2021
Rechenschaftsbericht 2022
Rechenschaftsbericht 2023
Rechenschaftsbericht 2024

Top-Spender

Die 10 Topspender der AfD in den Jahren 2020-2024 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung/Zusatz-Info
Hartmut Issmer	289.770 €	
Christian Krawinkel	100.000 €	Krawinkel forderte seine Spende 2022 zurück
Shark Systems IT GmbH	82.000 €	
Erhard Schappeit	39.700 €	
Erich Schneekloth	47.880 €	
Dr. Werner Winfried Geissler	32.386,63 €	
Willi Stroh	30.120 €	

KLANN Anlagentechnik GmbH	30.000 €	
Christoph Schenk	25.000 €	
Dr. Cornelia Meyer zur Heide	24.066,78 €	

Weitere Spender der AfD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Bei vielen Top-Spendern der AfD handelt es sich um Bundes- und Landtagsabgeordnete der Partei und damit Mandatsträgerbeiträge (siehe hierzu [Parteienfinanzung](#)). Diese sind daher nicht unter den 10 Top-Spendern mit aufgelistet.

Zudem muss beachtet werden, dass unter Parteispenden keine Wahlkampfunterstützung fällt, welche auch größeren Umfang als die eigentlichen Parteispenden haben kann. Die AfD geriet in der Vergangenheit dabei mehrfach aufgrund von verdeckter Wahlkampffinanzierung in die Kritik. ^{[44][45]} Im Zusammenhang damit stehen u.a. der [Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten](#) sowie die Goal AG. Näheres dazu findet sich im Abschnitt "Verdeckte Wahlkampffinanzierung".

Folgend sind ein paar ausgewählte Großspenden genauer beschrieben:

Ein Großspender der AfD ist der Berliner Immobilienunternehmer Christian Krawinkel, welcher Anfang 2020 100.000 Euro an die AfD spendete. Laut Medienberichten forderte Krawinkel im April 2022 die Rückzahlung seiner Spende und reichte hierfür Klage auf Rückzahlung beim Erfurter Landgericht ein. Krawinkel begründete die Rückforderung mit der antidemokratischen Entwicklung der AfD seit dem Zeitpunkt seiner letzten Spende. ^[46]

Laut Medienberichten spendete Max Otte (ehem. CDU, ehem. Vorsitzender der Werte-Union) 30.000 Euro an die AfD. Davon gingen 10.000 Euro im Frühjahr 2020 an den AfD-Landesverband in NRW und weitere 20.000 Euro Anfang des Jahres 2021 an den AfD-Kreisverband im sächsischen Görlitz, wo der derzeitige AfD-Chef Tino Chrupalla damals den Vorsitz innehielt. Anfang 2022 wurde Otte von der AfD für das Amt des Bundespräsidenten vorgeschlagen - einen Zusammenhang zwischen den Spenden und seiner Nominierung durch die AfD wies Otte als einen „völlig ungerechtfertigten Vorwurf“ zurück. ^[47] Zuletzt wurde Otte auf Antrag des CDU-Bundesvorstandes "wegen parteischädigenden Verhaltens" aus der CDU ausgeschlossen. ^[48]

Zudem erhielt die AfD im Jahr 2017 sowie 2018 eine Großspende über jeweils 50.000 Euro von Mortimer von Zitzewitz, einem mutmaßlichen Ex-Waffenhändler aus Bangkok, der in den Siebziger Jahren mit seiner Firma internationale Waffengeschäfte für den Bundesnachrichtendienst getätigt haben soll. Die AfD erhielt auch weitere Zuwendungen aus dem Ausland, welche zum Teil aufgrund juristischer Bedenken später wieder zurück überwiesen wurden. ^[49]

Zu den Spendern der AfD gehören u. a. Heinrich Weiss, Großaktionär und Aufsichtsratsvorsitzender der **SMS Group** sowie ehemaliger Präsident des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), und Hans Wall, Gründer des Berliner Außenwerbers Wall AG. ^[50] So spendete Hans Wall im Jahr 2014 15.000 Euro an die AfD. Nach Angaben von Weiss flossen auch Spenden von anderen Wirtschaftsführern - allerdings unterhalb der gesetzlichen Meldegrenze, sodass sie nicht namentlich im Rechenschaftsbericht erscheinen.

Erbschaftspende

Der verstorbene Ingenieur Reiner Strangfeld vermachte der AfD 2018 sein gesamtes Vermögen in Form von Gold, Silber, Immobilien und einem Porsche ^[51] Im Rechenschaftsbericht 2018 wird das Erbe auf über 7 Millionen Euro geschätzt ^[52] . Wie die NZZ berichtet könnte durch die steigende Goldpreisentwicklung sich das Vermögen verdoppelt haben ^[53] . Das wäre die größte Parteispende in der Geschichte der Bundesrepublik. Die AfD erklärte bei ihrem Parteitag im Sommer 2023, dass die „Goldbestände für den Fall des künftigen Ausbleibens staatlicher Teilfinanzierungen unangetastet [bleiben sollen]“. ^[54] Nach Recherchen des Spiegels focht eine Angehörige den Erbschein an. Der Spiegel berichtet, dass der verstorbene Millionär schon lange vor seinem Tod an psychischen Problemen litt und so eventuell nicht mehr testierfähig war ^[55] .

Kredite

Bereits 2013 berichtete der Spiegel, der Hamburger Reeder Folkard Edler habe der AfD zwei Kredite über je 500.000 Euro gewährt. ^[56] Auch im Jahr 2014 gab es Berichte über einen Kredit in Höhe von 640.000 Euro durch einen Berliner Unternehmer. ^{[57][58]}

Im April 2014 gewährte zudem **Hans-Olaf Henkel**, damals stellvertretender AfD-Sprecher und Kandidat für die Europawahl, der AfD ein Darlehen mit Laufzeit bis 5/2015 über eine Million Euro zu 2 % Zinsen. ^{[59][60]}

Goldhandel

In Deutschland hängt die staatliche Parteienfinanzierung vom Wahlerfolg einer Partei ab, darf dabei aber nicht höher liegen als die Summe der Einnahmen, die die Partei durch Beiträge, Spenden oder unternehmerische Tätigkeit erwirtschaftet. Die Einnahmen der AfD beliefen sich für das Jahr 2014 auf 2,5 Millionen Euro aus Mitgliederbeiträgen und eine halbe Millionen Euro aus Spenden. Gemessen an ihren Wahlerfolgen hätte die AfD 5 Millionen Euro staatliche Parteienfinanzierung erhalten können, aufgrund der gesetzlichen Deckelung standen ihr jedoch nur 3 Millionen zu. Um Anspruch auf weitere 2 Millionen Euro zu erhalten, begann die AfD einen Handel mit Gold, mit dem sie binnen eines Monats 2,1 Millionen Euro umsetzte, aber nur 21.000 Euro Erlös erwirtschaftete. Einkaufs- und Verkaufspreis des Goldes waren nahezu gleich. ^[61]

Die Bundestagsverwaltung prüfte den Vorgang und befand, dass die Einnahmen aus Goldhandel formal als eine Einnahme im Sinne des Parteiengesetzes zu werten sei. Allerdings handelte es sich bei dem Goldhandel um ein reines "Umsatzgeschäft", bei dem die Ausgaben der AfD praktisch ebenso hoch waren wie die Einnahmen. Zusätzliche Aufmerksamkeit bekam der Vorgang in der Öffentlichkeit dadurch, dass die Satirepartei DIE PARTEI den Goldhandel der AfD durch einen "Geldhandel" parodierte. Im Bundestag machte sich daraufhin Kritik an der bis dahin existierenden Regelung des Parteiengesetzes breit. ^[62]

Im Dezember 2015 beschloss der Bundestag eine Reform des Parteiengesetzes, die eine Aufblähung des Anspruchs auf staatliche Finanzierung durch Umsatzgeschäfte unterbindet. Nach § 19a Abs. 4 Satz 2 Parteiengesetz werden zur Berechnung des Finanzierungsanspruchs nunmehr die im Zusammenhang mit unternehmerischer Tätigkeit entstandenen Ausgaben von den Einnahmen abgezogen, Bemessungsgrundlage ist nur der verbleibende Überschuss.^[63] Die Maßnahme wurde in der Expertenanhörung von den geladenen Sachverständigen einhellig begrüßt.^[64]

Verdeckte Wahlkampffinanzierung durch Tarn-Verein und die Schweizer Goal AG

Seit März 2016 wurde die AfD bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Schleswig-Holstein, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen sowie bei der Bundestagswahl 2017 durch den intransparenten [Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten](#) unterstützt. Mehrere Millionen von Haushalten erhielten Gratiszeitungen und Tausende von Großplakaten sowie Internet-Spots riefen im Namen des Vereins zur Wahl der AfD auf.^{[65][66]} Der genaue Wert der Wahlkampfmaßnahmen kann bis heute nicht genau beziffert werden, er beträgt schätzungsweise mindestens 10 Millionen Euro. Die Geldgeber sind bis heute unbekannt. Es besteht der Verdacht, dass es sich um illegale Parteispenden handelt, die über die Schweizer Firma [Goal AG](#) gelenkt wurden, um die gesetzliche Offenlegungspflicht für Großspenden an Parteien oder auch das Verbot der Parteifinanzierung aus dem Ausland zu umgehen. Auch einzelne Kandidaten der AfD, darunter Parteichef Jörg Meuthen, wurden durch gezielte Wahlkampfmaßnahmen der Goal AG unterstützt.^{[67][68]} Nachdem AfD-Funktionäre stets abstritten, von den Wahlkampfmaßnahmen gewusst zu haben und damit das Vorliegen einer Parteispende bestritten,^[69] wurde durch Recherchen von Correctiv und LobbyControl bekannt, dass zumindest einzelne Kandidaten und Spitzenfunktionäre wie Co-Parteichef Jörg Meuthen von der Unterstützung durch die Goal AG wussten und in Maßnahmen involviert waren.^[70] Für mehr Informationen siehe auch [Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten](#) sowie [Goal AG](#).

Intransparente Wahlwerbung durch den "Deutschland-Kurier"

Der „Deutschland-Kurier“ ist ein rechtsradikales Online-Portal. Ursprünglich wurde der „Deutschland-Kurier“ als Zeitung von dem „Verein zu Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“ herausgegeben. 2017 und 2018 gab es das Magazin im Printformat.

Inhaltlich verbreitet der „Deutschland-Kurier“ rechtsradikale, demokratiefeindliche und prorussische Positionen. De facto handelt es sich um Wahlwerbung für die AfD.

Redaktion und Kolumnist:innen

Chefredakteur und Herausgeber des „Deutschland-Kuriers“ ist David Bendels. Er ist Vorsitzender der Conservare Comunication GmbH und ehemaliger Vorsitzender des „Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten“.

Der Großteil der Kolumnist:innen sind AfD- Parteimitglieder.

Unter anderem:

- Maximilian Kraus: Europaabgeordneter der AfD, Spitzenkandidat der AfD für EU-Wahl 2024

- Peter Bystron: Bundestagsabgeordneter der AfD, Kandidat für 2. Listenplatz bei EU-Wahl 2024
- Erika Steinbach: Vorsitzende der AfD nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung
- Gunnar Beck: Europaabgeordneter der AfD
- Matthias Moosdorf: Bundestagsabgeordneter der AfD
- Damian Lohr: Vorsitzender der Jungen Alternative (seit 2018)

Finanzierung

Die Finanzierung des „Deutschland-Kurier“ ist vollständig intransparent. Auf der Website ist kaum oder gar keine Werbung geschaltet und bis mindestens April 2024 gab es keine Möglichkeit zu spenden. Auch danach sind keine maßgeblichen Fundraising-Aktivitäten zu sehen, die substantiell zur Finanzierung beitragen könnten.

Die Artikel sind frei verfügbar und es gibt keine Möglichkeit ein kostenpflichtiges Abonnement abzuschließen.

Medienberichterstattung zu Folge gibt es Indizien zur Finanzierung:

- Bis zur Auflösung des „Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten“ 2022 habe dieser die Zeitung finanziert. Auch hier sind die Unterstützer:innenstrukturen nicht offengelegt.^[71]
- Die Schweizer Goal AG meldete die Website des „Deutschland-Kurier“ 2017 an^[72].
- Nach Recherchen der Zeit hat die Goal AG ab 2020 das „Tagesgeschäft“ des „Deutschland-Kurier“ übernommen^[73]. Auch die Finanzierung der Goal AG ist unklar.
- Nach Berichten des Spiegels könnte auch eine Beziehung zu dem Milliardär August von Finck gezogen werden. Auch er könnte Geldgeber sein.^[74]

Unzulässige Wahlkampfunterstützung durch das "Compact-Magazin"

Das rechtsextreme, antisemitische und verschwörungsideologische^[75] Magazin "Comapct" plante 2023 /2024 eine AfD-Wahlwerbekampagne und sammelte dafür Spenden.^[76]

Diese Unterstützungskampagne müsste die AfD entweder annehmen (dann müsste die Finanzierung entsprechend des Parteiengesetzes transparent gemacht werden) oder ablehnen^[77]. Letztes ist geschehen. "Compact" hat daraufhin eine Unterlassungserklärung abgegeben. Die Veranstaltungen fanden trotzdem fast unverändert statt. tagesschau.de sagte Compact-Chef Jürgen Elsässer, "er werde keine Wahlwerbung für die AfD machen. Auch dass der Name der Tour "Blaue Welle" sei, habe nichts mit der Parteifarbe der AfD zu tun: blau."^[78]

Daten aus den Rechenschaftsberichten

Art der Einnahmen	2024		2023		2022		2021		2020		2019	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	5,8 9	16,2 2	4,1 3	10,4 4	3,8 4	16,5 5	4,1 8	16,7 9	4,3 5	17,6 9	4,0 1	15,2 6
Mandatsträgerbeiträge	3,1 8	8,7 5	2,6 3	6,6 6	2,4 4	10,5 4	2,4 5	9,8 5	2, 6	10,5 9	2,0 1	7,6 6
Spenden von natürlichen Personen	7,7 5	21,3 1	5,4 6	13,7 9	3,8 7	16,6 8	6,4 6	25,9 3	4,6 6	18,9 6	6,3 8	24,2 9
Spenden von juristischen Personen	0,3 3	0,9 1	0,1 4	0,3 5	0, 1	0,4 5	0,1 8	0,7 1	0,0 4	0,1 5	0,1 2	0,4 5
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0 6	0,0 2	0, 0	0, 0	0,0 1	0,0 6	0,0 2	0,0 9	0,0 1	0,0 6	0,0 3	0,1 2
Aus sonstigem Vermögen	2,7 3	7,5 2	0,6 5	1,6 3	0,3 7	1,5 8	0,0 3	0, 1	0,0 5	0,1 8	0,0 1	0,0 4
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,1 2	0,3 2	0,1 1	0,2 8	0,0 5	0,2 2	0,0 4	0,1 5	0,0 4	0,1 8	0, 1	0,4 1
Staatliche Mittel	12,7 8	35,1 8	11,6 1	29,3 6	10,4 1	44, 9	11,0 0	44,1 4	11, 8	4 8	10, 2	38,8 3
Sonstige	3,5 5	9,7 7	14,8 3	37,4 9	2,0 9	9,0 2	0,5 6	2,2 4	1,0 3	4,1 9	3, 4	12,9 4
Summe	36,34 Mio € 39,56 Mio € 23,19 Mio € 24,93 Mio € 24,58 Mio € 26,28 Mio €											

Art der Einnahmen/Jahr	2018		2017		2016		2015		2014	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	3,6 6	12,8 7	2,9 9	16,2 9	2,3 2	14,8 5	2, 2	14, 9	2, 4	19, 0
Mandatsträgerbeiträge	1,4 4	5,0 5	0,6 6	3,6 1	0,3 7	2,3 7	0,1 7	1, 2	0,0 5	0, 4
Spenden von natürlichen Personen	5,1 3	18,0 0	6,5 8	35,8 7	5,8 1	37,2 2	4,5 4	30, 7	2, 0	15,9 9
Spenden von juristischen Personen	0,0 7	0,2 6	0,1 7	0,9 1	0,1 9	1,1 9	0,1 3	0, 9	0,0 5	0, 4
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,1 1	0,3 8	0,2 1	1,1 5	0,5 5	3, 5	2, 4	16, 3	2,5 8	20, 6

Aus sonstigem Vermögen	0,0 1	0,0 5	0,0 0	0,0 1	0,0 0	0,8 1	0,00 3	0,0 2	0,00 3	0,0 2
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,1 3	0,4 5	0,0 4	0,2 3	0,1 2	0,7 5	0,03 5	0,2 4	0, 4	0, 3
Staatliche Mittel	10,1 0	35,4 6	7,5 5	41,1 2	6,1 3	39,2 9	5,2 1	35, 2	5, 4	4 3
Sonstige	7,8 2	27,4 8	0,1 5	0,8 1	0,1 3	0,8 1	0,08 9	0, 6	0,01 9	0,1 5
Summe	28,47 Mio €		18,36 Mio €		15,61 Mio €		14,79 Mio €		12,6 Mio €	

Quellen: ^[79]

Anmerkung: Die Angaben sind aufgerundet, Beispiel: Die Mitgliedsbeiträge an die AfD im Jahr 2020 beliefen sich auf 4,348 Mio € und wurden auf 4,35 Mio € aufgerundet.

Beteiligungen an Unternehmen

Laut [Rechenschaftsbericht 2022](#) hält die AfD 100 %-Beteiligungen an den folgenden Unternehmen

Bundespartei

Alternita Dienstleistungs-GmbH

Der Gegenstand der [Alternita Dienstleistungs-GmbH](#), Berlin, ist lt. Gesellschaftsvertrag vom 14. Juni 2023 das Entwickeln und Betreiben unternehmerischer Projekte in Bereichen wie

- Vorbereitung, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen
- Sicherheitsdienstleistungen
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Werbung und Marketingdienstleistungen
- Unternehmens-, Strategie- sowie Politik- und Kommunikationsberatung
- Verlagswesen sowie Publikationen und Medien jeglicher Art
- Fundraising und Fördergeldmanagement

Rechercheergebnisse zu Alternita von „Business Insider“ sind [hier](#) abrufbar.

Tauroggen Holding GmbH (frühere Bezeichnung: Alternita Holding GmbH)

2023 hat die AfD die parteieigene Alternita Holding GmbH mit Sitz in Berlin gegründet, deren Gegenstand der Erwerb und die Verwaltung von Unternehmensbeteiligungen sowie die Verwaltung eigenen Vermögens ist. ^[80] Laut „Tagesspiegel“ soll das Unternehmen die wirtschaftlichen Aktivitäten der Partei organisieren. ^[81] Dabei gehe es unter anderem um die Verwaltung und den Betrieb von Immobilien sowie um die Bewirtschaftung geerbter Häuser und Grundstücke. Im Oktober 2024 ist das Unternehmen bei gleichzeitiger Kapitalerhöhung in Tauroggen Holding GmbH umbenannt worden (Eintrag im Handelsregister beim Amtsgericht Charlottenburg, HRB 254721 B). Geschäftsführer ist der AfD-Schatzmeister Carsten Hütter.

Landesverband Thüringen

Alternative Service GmbH Thüringen, Ilmenau. Gegenstand ist das Erstellen und der Vertrieb von Druckerzeugnissen und Druckvorlagen, Erstellen von Medien, Verlegen von Büchern und Zeitschriften, Betreiben von Onlineangeboten inkl. Onlinehandel mit Druckerzeugnissen und Werbeartikeln, Erstellen und Vertrieb von Werbematerial, einschließlich Plakatierung, Vermietungen von Hard- und Software, Vermittlung von Dienstleistungen, Halten und Verwalten von Immobilien, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen und Unternehmensberatung

Beziehungen zu anderen Organisationen

Die Familienunternehmer - ASU

Der [Verband der Familienunternehmer](#) hatte ursprünglich für die eurokritischen und neoliberalen Positionen der AfD großes Verständnis.^[82] Mitglieder und Repräsentanten des Verbands hatten sich bereits vor der Gründung der AfD mit Professoren getroffen, die die Gründung einer neuen Partei in Erwägung zogen. Zum Teil handelte es sich um vertrauliche Kontakte; zum Teil wurde über die Treffen in der Internetzeitung [FreieWelt.net](#) berichtet, die die AfD publizistisch unterstützt.^[83] Robin Paulus, Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Familienunternehmer, vertrat auf dem [Forum Freiheit](#) 2013 die Auffassung: "Wer eine gute CDU will, muss die AfD wählen".^[84] Zu seinem Bundeskongress am 8./9. Mai 2014 lud der Verband den AfD-Parteivorsitzenden Bernd Lucke ein, eine Stunde über den Euro und die Zukunft Europas zu referieren.^[85] 2017 distanzierte sich Verbandspräsident Lutz Goebel hingegen deutlich von der AfD: „Das neue AfD-Spitzenduo will mit einem vermeintlich wirtschaftsliberalen Gesicht im Bundestagswahlkampf locken. Doch hinter den Phrasen des Wahlkampf-Gespans verbergen sich national-paternalistische Gedanken. Wer Wirtschaft und Gesellschaft national und isolationistisch denkt, der löst nicht die Probleme von heute, sondern schafft erst die Probleme von morgen.“^[86] Der Landesverband Sachsen hat eine Plakataktion zur Landtagswahl am 1. September 2024 unter dem Motto „Keine Reise ins Blaue. Sachsens Wirtschaft braucht Zuversicht“ organisiert.^[87] Der Landesvorsitzende erklärte: „Die sächsischen Familienbetriebe sind auf Offenheit für Unternehmen sowie Arbeits- und Fachkräfte aus dem Inland, der EU und auch Drittstaaten angewiesen. Bei politischer Instabilität, noch größerem Arbeits- und Fachkräftemangel und weniger Unternehmensansiedlungen schrumpft unsere Wirtschaft.“

Anfang Oktober 2025 hat der Verband beim Parlamentarischen Abend erstmals AfD-Vertreter eingeladen und sieht die bisherige „Brandmauer“ zur AfD in der Wirtschaft als gescheitert an.^[88] Hauptgeschäftsführer von der Hagen erklärte hierzu: „Diese Brandmauer zur AfD – auch auf Bundesebene, die von den meisten Verbänden bislang aufrechterhalten wurde – hat nichts gebracht.“^[89]

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft

Folgende AfD-Politiker sind Mitglieder in der [Hayek-Gesellschaft](#):

- [Beatrix von Storch](#), Stellv. Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand
- [Peter Boehringer](#), Sprecher des AfD-Bundesfachausschusses „Euro, Geld- und Finanzpolitik“, Vorsitzender im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags
- [Karl-Heinz Krause](#)^[90], Mitglied der AfD und ihres Bundesfachausschusses Energiepolitik (BFA 10)^[91] sowie Vorstandsmitglied der AfD-nahen [Desiderius-Erasmus-Stiftung](#)

- Joachim M. Keiler, Vorstandsmitglied des Hayek-Vereins Dresden, ist Stellv. Schatzmeister des AfD-Kreisverbands Dresden und Beisitzer im Fraktionsvorstand der AfD Sachsen.^{[92][93][94]}

Quelle:^[95]

Alice Weidel, Bundessprecherin der AfD, war bis 2021 Mitglied der Hayek-Gesellschaft

Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)

Folgende Mitglieder/Funktionsträger der AfD wirken beim [Europäisches Institut für Klima und Energie \(EIKE\)](#) mit, das den menschengemachten Klimawandel leugnet:

- Michael Limburg, Mitglied der AfD und Stellv. Vorsitzender des AfD-Bundesfachausschusses Energie, ist Vizepräsident von EIKE^[96]
- Horst-Joachim Lüdecke, Mitglied der AfD und Mitglied des AfD-Bundesfachausschusses Energie, ist Pressesprecher von EIKE^[97]
- Klaus Peter Krause, Mitglied der AfD, Mitglied des AfD-Bundesfachausschusses Energie und Stellv. Vorsitzender der AfD-nahen [Desiderius-Erasmus-Stiftung](#), veröffentlicht regelmäßig Artikel bei EIKE

Von den 15 Mitgliedern des „Bundesfachausschusses Energiepolitik“, der für das Thema Klimawandel zuständig ist, gehören nach taz-Recherchen mindestens 12 eindeutig zum Lager der Klimaskeptiker.^[98]

AfD-Mittelstandsforum

Das Mittelstandsforum für Deutschland e.V. (bis 2019 Mittelstandsforum der Alternative für Deutschland) ist eine AfD Vorfeldorganisation, welcher nach eigenen Angaben die Interessen des Mittelstandes vertritt. Dieser adressiert die Bundesregierung beispielsweise durch öffentlichkeitswirksame Aktionen vor dem Bundestag^[99]. Der Vorstand besteht zum Großteil aus politischen Mandatsträger:innen der AfD^[100].

Weiterführende Informationen

- [Die AfD - eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung. Studie der Heinrich Böll-Stiftung NRW, September 2013](#)
- [Geheime Millionen und der Verdacht illegaler Parteispenden: 10 Fakten zur intransparenten Wahlkampfhilfe für die AfD, LobbyControl-Hintergrundpapier, September 2017](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [AfD: ein rechtsextremer Verdachtstfall](#), zdf.de vom 13.15.03.2024, abgerufen am 05.2024, abgerufen am 04.09.2024
2. ↑ [Der AfD-Russland-China-Komplex](#) www.lobbycontrol.de vom 31.05.2024, abgerufen am 03.09.2024

3. ↑ [AfD-Politiker brachten Putin-Spion in den Bundestag](#) T-online vom 25.05.2024, abgerufen am 26.08.2024
4. ↑ [СМИ: еще четырех депутатов Рады от ОПЗЖ лишат мандатов](#) Komersant.ru vom 23.01.2023, abgerufen am 26.08.2024
5. ↑ [FBI befragte AfD-Mann Krah zu Russlandkontakt](#) ZDFheute vom 16.04.2024, abgerufen am 26.08.2024
6. ↑ [How the AfD Became the Long Arm of Russia and China](#) Der Spiegel international vom 01.05.2024, abgerufen am 26.08.2024
7. ↑ ^{7,07,1} [Schampus-Max und die Chinesen](#) Zeit-online vom 24.04.2024, abgerufen am 26.08.2024
8. ↑ [Immunität von AfD-Politiker Bystron erneut aufgehoben](#) Tagesschau vom 27.06.2024, abgerufen am 26.08.2024
9. ↑ [Ermittlungen gegen AfD-Politiker: Bystron soll mehr als 34.000 Euro von prorussischem Netzwerk erhalten haben](#) Tagesspiegel vom 16.05.2024, abgerufen am 26.08.2024
10. ↑ [Pro-russische Propaganda quer durch Europa](#) Tagesschau vom 28.03.2024, abgerufen am 26.08.2024
11. ↑ [Die seltsamen Bankgeschäfte des Petr Bystron](#) Süddeutsche Zeitung vom 17.05.2024, abgerufen am 26.08.2024
12. ↑ [Europäische Politiker sollen Hunderttausende Euro aus Russland bekommen haben](#) Spiegel Online vom 27.03.2024, abgerufen am 26.08.2024
13. ↑ [Ermittlungen zu prorussischem Internetportal: AfD-Politiker Bystron soll aktiv mit „Voice of Europe“ zusammengearbeitet haben](#) Tagesspiegel vom 05.06.2024, abgerufen am 26.08.2024
14. ↑ [Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 11. März 2024 eingegangenen Antworten der Bundesregierung](#) Deutscher Bundestag, Drucksache 20/10665 vom 15.03.2024, abgerufen am 26.08.2024
15. ↑ [Kleine Anfrage](#) Deutscher Bundestag, Drucksache 220/11058 vom 12.04.2024, abgerufen am 26.08.2024
16. ↑ [Stenografischer Bericht 162. Sitzung](#) Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 20/162 Seite 20848 vom 10.04.2024, abgerufen am 26.08.2024
17. ↑ [Eindeutig vieldeutig: Putin verwirrt mit widersprüchlichen Aussagen zu Verhandlungen](#) Frankfurter Rundschau vom 26.05.2024, abgerufen am 26.08.2024
18. ↑ [Rosyjski agent wśród polityków. Kto i jak szpieguje w Polsce?](#) OKO press vom 06.02.2024, abgerufen am 26.08.2024
19. ↑ [Vermittler zwischen AfD und Russland](#) Tagesschau vom 29.09.2024, abgerufen am 26.08.2024
20. ↑ [Auftrag zum Brandanschlag?](#) Tagesschau vom 29.09.2022, abgerufen am 26.08.2024
21. ↑ [Flüchtiger AfD-Netzwerker soll in Moskau gestorben sein](#) T-online vom 20.08.2021, abgerufen am 26.08.2024
22. ↑ [Der Fall Frohnmaier](#) ZDF vom 09.04.2019, abgerufen am 26.08.2024
23. ↑ [Kreml setzte offenbar auf AfD-Politiker Frohnmaier](#) F.A.Z. vom 05.04.2019, abgerufen am 26.08.2024
24. ↑ [Propagandareise ans Schwarze Meer](#) Tagesschau vom 18.04.2019, abgerufen am 26.08.2024
25. ↑ [Moskaus Marionetten](#) Der Spiegel Online vom 05.04.2019, abgerufen am 26.08.2024
26. ↑ [afd-so-oft-reisen-ihre-abgeordneten-nach-russland.html](#) t-online.de vom 08.11.2025, abgerufen am 27.11.2025
27. ↑ [Krah: Kannte Jian G. seit 2015](#) Berliner Morgenpost vom 03.05.2024, abgerufen am 26.08.2024
28. ↑ [Was ist über den Krah-Mitarbeiter bekannt?](#) ZDFheute vom 24.04.2024, abgerufen am 26.08.2024
29. ↑ [Haftbefehl gegen AfD-Mitarbeiter Jian G.](#) Tagesschau vom 24.04.2024, abgerufen am 26.08.2024
30. ↑ [Razzia bei AfD-Spitzenkandidat Maximilian Krah](#) Zeit Online vom 07.05.2024, abgerufen am 26.08.2024

31. ↑ [Maximilian Krahn und die Geldspur nach China](#) Süddeutsche Zeitung vom 16.05.2024, abgerufen am 26.08.2024
32. ↑ [AfD-Politiker Krahn: „Natürlich war ich in China“](#) Berliner Morgenpost vom 24.04.2024, abgerufen am 26.08.2024
33. ↑ ["Propagandareise ans Schwarze Meer"](#) Tagesschau vom 18.04.2019, abgerufen am 26.08.2024
34. ↑ [Sicherheitshinweis für Politik & Verwaltung: Das IDCPC als Teil von Chinas Nachrichtendienstapparat](#) Bundesamt für Verfassungsschutz vom 28.07.2023, abgerufen am 26.08.2024
35. ↑ [Programm der AfD für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag](#), afd.de, abgerufen am 18.02.2025
36. ↑ [Transparenz-Check der Parteien zur Bundestagswahl 2025](#), abgeordnetenwatch.de, 31.01.2025, abgerufen am 18.02.2025
37. ↑ [AfD Wahlprogramm 2021](#), afd.de, abgerufen am 28.12.2021
38. ↑ [AfD Wahlprogramm 2021](#), afd.de, abgerufen am 28.12.2021
39. ↑ [AfD Wahlprogramm 2021](#), afd.de, abgerufen am 28.12.2021
40. ↑ [AfD Wahlprogramm 2021](#), afd.de, abgerufen am 28.12.2021
41. ↑ vgl. die Recherchen von correctiv und Frontal21 [AfD-Finanzskandal: Spender wussten nichts von eigenen Spenden](#), correctiv.de vom 16.11.2019, abgerufen am 28.12.2021.
42. ↑ vgl. Chronik unter: [Der AfD-Spendenskandal – Die Übersicht: Von der Schweizer Plakatspende bis zur Strafzahlung](#), correctiv.de vom 26.11.2019, abgerufen am 28.12.2021
43. ↑ [Frauke Petry erhebt Korruptionsvorwürfe gegen AfD-Spitze](#), FAZ.net vom 15.06.2021, abgerufen am 28.12.2021.
44. ↑ [Illegale AfD-Spenden: Rote Karte für Meuthen](#) lobbycontrol.de, vom 13.01.2020, abgerufen am 06.01.2023
45. ↑ [Spendenskandal: Weitere Strafen für die AfD](#) lobbycontrol.de, vom 09.12.2020, abgerufen am 06.01.2023
46. ↑ [Großspender fordert 100.000 Euro von der AfD in Thüringen zurück](#) mdr.de, vom 17.04.2022, abgerufen am 06.01.2023
47. ↑ [Otte spendete 30.000 Euro an die AfD](#) tagesschau.de, vom 03.02.2022, abgerufen am 04.02.2022
48. ↑ [Max Otte nach AfD-Engagement aus CDU ausgeschlossen](#) sueddeutsche.de, vom 03.08.2022, abgerufen am 06.01.2023
49. ↑ [AfD-Parteienfinanzierung: Großspende von mutmaßlichem Ex-Waffenhändler aus Bangkok](#) spiegel.de, vom 16.01.2019, abgerufen am 06.01.2023
50. ↑ [Angriff auf die CDU: Prominente Mittelständler finanzieren rechtspopulistische AfD](#). Spiegel online vom 15. Oktober 2014, abgerufen am 16.10.2014
51. ↑ [Die AfD erbte einen Goldschatz – und verliert ihn nun womöglich wieder](#) spiegel.de, Artikel vom 15.06.2023, abgerufen am 05.04.2024
52. ↑ [AfD Rechenschaftsbericht 2018](#)
53. ↑ [Millionenschweres Erbe: Muss die AfD ihren Goldschatz wieder abgeben?](#) nzz.ch, Artikel vom 03.08.2023, abgerufen am 05.04.2023
54. ↑ [AfD erbt Goldschatz: Parteitag hat Einblick](#) zdf.de, Artikel vom 28.07.2023, abgerufen am 05.04.2024
55. ↑ [Die AfD erbte einen Goldschatz – und verliert ihn nun womöglich wieder](#) spiegel.de, Artikel vom 15.06.2023, abgerufen am 05.04.2024
56. ↑ [Heikler Deal: AfD bekam günstigen Millionenkredit von Hamburger Reeder](#), Der Spiegel, abgerufen am 22. Juli 2014
57. ↑ [AfD setzt umstrittene Kreditfinanzierung fort](#), abgerufen am 22. Juli 2014
58. ↑ [Muss AfD günstigen Kredit melden?](#) , abgerufen am 22. Juli 2014

59. ↑ [Europawahlkampf Henkel leiht AfD eine Million](#), Zeit online vom 30. April 2014, abgerufen am 9. 5. 2014
60. ↑ [Erklärung der finanziellen Interessen beim Europäischen Parlament vom 24. 6. 2014](#)
61. ↑ [Professor Goldfingers großer Plan](#), spiegel.de
62. ↑ [AfD-Goldhandel: Lammert empfiehlt Änderung des Parteiengesetzes](#), bundestag.de, abgerufen am 02. Februar 2015
63. ↑ [Parteiengesetz](#), gesetze-im-internet.de
64. ↑ [Öffentliche Anhörung im Bundestag, 14. Dezember 2015](#), zuletzt aufgerufen am 26.9.2019
65. ↑ [Warum die dubiose AfD-Wahlkampfhilfe unaufgeklärt bleibt – und was sich ändern muss](#), LobbyControl, 5. September 2016, zuletzt abgerufen am 6.9.2016
66. ↑ [Mecklenburg-Vorpommern: Die geheimen Helfer der AfD](#), FAZ, 21. August 2016, zuletzt aufgerufen am 31.8.2016
67. ↑ [Verdeckte AfD-Wahlwerbung: „Die größten intransparenten Geldflüsse der letzten Jahre“](#) Pressemeldung von Lobbycontrol, 8. September 2017, zuletzt aufgerufen am 26.9.2019
68. ↑ [Geheime Millionen und der Verdacht illegaler Parteispenden: 10 Fakten zur intransparenten Wahlkampfhilfe für die AfD](#), Analyse von Lobbycontrol, September 2017, zuletzt aufgerufen am 26.9.2019
69. ↑ [AfD wegen anonymer Spende unter Druck](#) Frankfurter Rundschau, 8. März 2016, zuletzt aufgerufen am 28.11.2016
70. ↑ [Meuthens heimliche Helfer](#), lobbycontrol.de
71. ↑ [Woher kommt das Geld für das Blatt?](#) wiwo.de vom 12.07.2017, abgerufen am 10.04.2024
72. ↑ [Redaktion der Ehemaligen](#) zeit.de vom 11.07.2017, abgerufen am 10.04.2024
73. ↑ [Schweizer Geld für die AfD](#) zeit.de vom 23.09.2021, abgerufen am 10.04.2024
74. ↑ [Der Milliardär und die AfD](#) spiegel.de, Artikel vom 23.11.2018, abgerufen am 10.04.2024
75. ↑ ["Gesichert extremistisch"](#) tagesschau.de vom 10.12.2021, abgerufen am 24.04.2024
76. ↑ [Afd will keine "Blaue Welle"](#) taz.de vom 22.03.2024, abgerufen am 24.04.2024
77. ↑ [Lobbyreport 2024](#), Seite 45 f. LobbyControl, März 2024
78. ↑ [Im Fahrwasser der AfD](#) tagesschau.de vom 21.04.2024, abgerufen am 24.04.2024
79. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.07.2022
80. ↑ [AfD gründet neue Partei-Firma](#), bild.de vom 10.08.2023, abgerufen am 01.12.2024
81. ↑ [AfD gründet eigenes Unternehmen](#), tagesspiegel.de vom 09.08.2023, abgerufen am 01.12.2024
82. ↑ [Andreas Kemper: Familienunternehmer versus BDI](#), Der Freitag online vom 20. März 2013 Webseite Freitag, abgerufen am 11. 5. 2014
83. ↑ [Podiumsdiskussion der Zivilen Koalition: ESM - Vertrag - Der Weg in die Schuldenunion](#), FreieWelt.net vom 1. Januar 2013
84. ↑ [Christian Dorn: Forum Freiheit 2013: AfD oder FDP?](#), eigentümlich frei vom 19. September 2013, Webseite abgerufen am 11. 5. 2014
85. ↑ [Familienunternehmen geben der AfD eine Bühne](#), Stuttgarter Zeitung vom 8. Mai 2014, Webseite Stuttgarter Zeitung, abgerufen am 11. 5. 2014
86. ↑ [Die AfD im Wahlkampf - vermeintlich wirtschaftsliberal](#), familienunternehmer.de, 17/2017], abgerufen am 09.09.2017
87. ↑ [Pressemitteilung vom 16.07.2024](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 26.08.2024
88. ↑ [Familienunternehmer-Chef erklärt „Brandmauer“ für gescheitert – und geht in „Fachaustausch“ mit AfD](#), welt.de vom 18.11.2025, abgerufen am 19.11.2025
89. ↑ [Familienunternehmer-Chef erklärt „Brandmauer“ für gescheitert – und geht in „Fachaustausch“ mit AfD](#), welt.de vom 18.11.2025, abgerufen am 19.11.2025
90. ↑ [Zum 80. Geburtstag](#), bdk-berlin.org, abgerufen am 03.12.2018

91. ↑ [Schwere Zeiten für die AfD](#), kpkrause.de vom 02.05.2016, abgerufen am 03.12.2018
92. ↑ [Vorstand](#), hayek-verein-dresden.de, abgerufen am 29.08.2024
93. ↑ [Kreisvorstand](#), afd-dd.de, abgerufen am 29.08.2024
94. ↑ [Dr. Joachim Keiler](#), landtag.sachsen.de, abgerufen am 29.08.2024
95. ↑ [Die Hayek-Gesellschaft- „Mistbeet der AfD“?](#), sueddeutsche.de vom 14.07.2017, abgerufen am 27.11.2018
96. ↑ [AfD Klimapolitik „Auch hier bitte klare Kante“](#), eike-klima-energie.eu vom 27.01.2014, abgerufen am 06.12.2018
97. ↑ [Keine Spur von Antifa bei AfD-Vortrag](#), swp.de vom 20.04.2017, abgerufen am 06.12.2018
98. ↑ [Sammelbecken der Klimaskeptiker](#) taz vom 27. 09. 2013, abgerufen am 27.09.2013
99. ↑ [Aktion des Mittelstandsforum vor dem Bundestag](#) instagram.com, Beitrag vom 12.11.2022, abgerufen am 05.04.2024
100. ↑ [Vorstand Mittelstandsforum](#) mittelstandsforum.org, abgerufen am 05.04.2024